

boerse.ARD und Handelsblatt zum Fach "Wirtschaft"

Nachdem sich in der Vergangenheit verschiedene Formate des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (u. a. Panorama, Frontal 21) sehr einseitig und verkürzt mit der Diskussion um die ökonomische Bildung in Schule auseinandergesetzt haben, nimmt die Redaktion von boerse.ARD eine erfreulich nüchterne "Bestandaufnahme Ökonomische Bildung in Deutschland" vor (<http://boerse.ard.de/anlagestrategie/geldanlage/oekonomische-bildung-in-deutschland100.html>).

Der Unterschied zu den mittlerweile üblichen "Lobbyismus in Schule"-Verkürzungen zeigt sich insbesondere darin, dass auf die jahrzehntelange fachdidaktische Diskussion eingegangen und Definitionen ökonomischer Bildung unterschiedlicher Fachdidaktiker aufgeführt werden. Darüber hinaus verweisen die Redakteure auf den curricularen Flickenteppich in den Bundesländern, der einheitliche Vorgehensweisen bis dato verhindert. Hierdurch laufen auch entsprechende Forderungen des Bundeswirtschaftsministeriums hinsichtlich der Etablierung der ökonomischen Bildung vielfach ins Leere. Zitat: "In einer Zeit rasender Entwicklungen, technischer Umwälzungen, krisenhafter Finanzblasen und der Globalisierung der Weltwirtschaft scheint es kaum einen wichtigeren Bildungsbereich zu geben, der den Menschen beim Gestalten ihres Lebens nützlicher sein könnte. Dennoch darbt die ökonomische Bildung im Schatten klassischer Bildungsinhalte weiter dahin."

Auch Stefani Hergert vom Handelsblatt setzt sich in einem Artikel vom 02.07.2014 unter dem Titel "Pflicht statt Kür" mit dem Wildwuchs der ökonomischen Bildung in der Bundesrepublik auseinander.

Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg hätten das Fach Wirtschaft unter verschiedenen Namen und mit unterschiedlicher Ausrichtung, in anderen Ländern wie Thüringen oder Sachsen-Anhalt werde es im Verbund mit Technik oder Recht gelehrt. Einheitlich seien Inhalt und Name selbst in den einzelnen Ländern nicht, weiß Hergert. Der Anlass für die Berichterstattung des Handelsblatt hier ist jedoch ein positiver: Für 2016 plant die grün-rote Landesregierung die Einführung eines schulformübergreifenden Faches "Wirtschaft und Berufsorientierung" - und das in allen Schulformen. Hergert hierzu: Im Südwesten solle mit dem Flickenteppich Schluss und Wirtschaft in allen Schulen Pflichtfach sein, wenn 2016 der neue Bildungsplan eingeführt werde. "Es wird durchsichtiger", wird Thomas Schenk, Schulamtsdirektor im baden-württembergischen Kultusministerium zitiert. Probeweise werde es das Fach an einigen Schulen schon nach den nächsten Sommerferien geben. Prof. Hans Kaminski, Direktor des Instituts für Ökonomische Bildung in Oldenburg, unterstützt dieses Vorhaben. Er plädiert für ein echtes Schulfach Wirtschaft - aber nicht

um des Schulfachs Willen. "Wenn Sie auf Dauer und nachhaltig ein Thema in den Schulen verankern wollen, geht das nur über ein Schulfach. Ohne das gäbe es auch keine Fachausbildung an den Hochschulen", sagt Kaminski im Handelsblatt.

Besonders bemerkenswert an der Entwicklung in Baden-Württemberg ist, dass eine eindeutige Verankerung der Berufs- und Studienorientierung im Fächerkanon erfolgt. Hier unterscheidet sich das Vorgehen deutlich von demjenigen der meisten anderen Bundesländer, deren zuständige Minister zwar stets die hohe Bedeutung der Berufs- und Studienorientierung betonen, die curricularen Konsequenzen aber scheuen. Jedoch kann nur durch die fachliche Verankerung sichergestellt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler beim Übergang von der Schule in den Beruf mit der notwendigen Sorgfalt in den Schulen unterstützt werden (können).

Ko, 7. Juli 2014